

Protokoll Nr. 22 (2023-2027) über die öffentliche Sitzung des Beirats Hemelingen vom 06.03.2025

Ort: Bürgerhaus Mahndorf

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 21:05 Uhr

Anwesenheit:

Vom Ortsamt:

Jörn Hermening
Marc Liedtke

Vom Beirat:

Susanne Alm
Berfin Ataç
Kerstin Biegemann
Ralf Bohr
Jens Dennhardt
Hans-Peter Hölscher
Heinz Hoffhenke
Uwe Jahn
Yunas Kaya
Elisabeth Laß
Mine Müller
Waltraut Otten
Sebastian Springer
Ingo Tebje
Reinhard Zwilling

Referent: innen / Gäste:

Frau Andrea Kraft (Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz)

Frau Judith Engel (Senatorin für Umwelt, Klimaschutz und Wissenschaft)

sowie weitere am Stadtteilgeschehen interessierte Personen

PROTOKOLL

Tagesordnung

1. Tagesordnung, Protokoll und Rückmeldungen	3
1.1 Genehmigung der Tagesordnung	3
1.2 Genehmigung des Protokolls	3
1.3 Rückmeldungen	3
1.3.1 Müll vor dem Aladin	3
1.3.2 Zeppelintunnel	3
1.3.3 Barrierefreiheit	3
2. Fragen, Wünsche, Anregungen in Stadtteilangelegenheiten	3
3. Neuregelung Silvesterfeuerwerk	7
3.1 Diskussion	7
3.1.1 Rechtsgrundlagen	7
3.1.2 Bundesemissionsschutzgesetz	9
3.2 Beschlussvorschlag	10
4. Verschiedenes	12
4.1 Beibehaltung der Controlling-Ausschüsse	12
4.2 Dringlichkeitsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	13
4.3 Termine	14

1. Tagesordnung, Protokoll und Rückmeldungen

1.1 Genehmigung der Tagesordnung

Tagesordnung genehmigt.

1.2 Genehmigung des Protokolls

Protokoll der Beiratssitzung vom 13.02.2025 genehmigt.

1.3 Rückmeldungen

1.3.1 Müll vor dem Aladin

Der Müll vor dem Aladin ist nach einer Veranstaltung nicht zeitnah weggeräumt worden. Das Aladin wurde informiert.

1.3.2 Zeppelintunnel

Das Thema ist angesprochen worden. Anfang August wird das Ortsamt noch einmal nachfragen.

1.3.3 Barrierefreiheit

Das Ortsamt hat bislang noch keine Antwort erhalten. Eventuell sollte ein Haushaltsantrag gestellt werden, sobald der Haushalt beraten wird. Solange soll gewartet werden.

2. Fragen, Wünsche, Anregungen in Stadtteilangelegenheiten

Dietmar Kirchhoff, Delegierter der Seniorenvertretung Bremen: Am 07.03. wird die erste Seniorenkonferenz abgehalten, zu der die Bürgerschaft eingeladen hat. Im Mittelpunkt steht das Thema des Seniorenmitbestimmungsgesetzes. Ein weiteres Thema betrifft die Pflege, und das dritte Thema widmet sich wichtigen Anliegen der

PROTOKOLL

Senior:innen. Herr Kirchhoff bittet darum, ihm weitere Themen aus Hemelingen mitzuteilen.

AW Jörn Hermening: Der Beirat hat sich für das Gesetz ausgesprochen, und Dietmar Kirchhoff kann dies bereits als Unterstützung mitnehmen.

Bürger:in 1: In der Hostenbacher Straße in Sebaldsbrück wurde kürzlich ein Spielplatz renoviert, doch nun wurden die Spielgeräte in einer Nacht- und Nebelaktion abgebaut. Das ist natürlich bedauerlich. Bürger:in 1 möchte wissen, wie der aktuelle Stand der Dinge ist.

AW Jörn Hermening: Vom Vorgehen auf dem Jim Knopf-Spielplatz hat er keine Kenntnisse. Er bittet Bürger:in 1 ihm die Kontaktdaten zu übermitteln, um direkt Rückmeldung geben zu können.

Bürger:in 1: Zur Schulstandortplanung: Gibt es Überschneidungen im Eisenbahner Quartier? Bürger:in 1 habe gehört, dass in Sebaldsbrück eine neue Schule eingerichtet werden soll. Viele Details seien noch unklar, insbesondere im Zusammenhang mit dem Ausbau des Ganztagsangebots. In diesem Zusammenhang wünsche Bürger:in 1 sich einen Austausch mit dem Beirat Osterholz.

AW Jörn Hermening: Der Beirat hat von den Planungen im Eisenbahner Quartier lediglich durch den Beirat Osterholz Kenntnis erlangt. Die Thematik wird auf der kommenden Beiratssitzung im April erneut aufgegriffen. Laut Bürger:in 1 gibt es seit acht Jahren Überlegungen seitens der SKB zu diesem Thema.

Wolfgang Haase, Osterholzer Beirat: Ebenfalls zu Schulstandortplanung: Er hat an einem runden Tisch teilgenommen, an dem auch die SKB vertreten war. Dabei wurden aus seiner Sicht ungewöhnliche Überlegungen seitens der SKB vorgestellt. Angesichts der Überschneidungen im Bereich der Grundschulen schlägt er vor, eine gemeinsame Beiratssitzung der Beiräte Osterholz und Hemelingen zu organisieren.

AW Jörn Hermening: Das Ortsamt wird sich in dieser Angelegenheit erneut melden. Ähnliche Überlegungen wurden auch im Beirat Hemelingen bereits diskutiert.

Bürger:in 2: Sie ist ebenfalls Mitglied im Beirat Osterholz. Sie äußerte ihre große Enttäuschung darüber, dass heute niemand aus dem Bildungsressort anwesend war, und erkundigte sich, ob dies bereits in der Vergangenheit häufiger vorgekommen sei.

AW Jörn Hermening bestätigt das.

Bürger:in 3 und Bürger:in 4 vom Jugendhaus Hemelingen: Berichten über unzureichende Zustände im Jugendhaus, dazu wurde auch ein Brief an das Ortsamt und an das AfSD geschickt (Anlage 1). Hinsichtlich der Öffnungszeiten wird

PROTOKOLL

angemerkt, dass das Jugendhaus regulär bis 20 Uhr geöffnet sein sollte. Allerdings werde das Jugendhaus häufig bereits kurz nach 17 Uhr unangekündigt geschlossen, was insbesondere für Jugendliche im Alter von 14 bis 16 Jahren bedauerlich sei.

Ein weiteres Problem betrifft die Entwicklung seit dem Weggang des ehemaligen Leiters Faro Tuncel. Nach Angaben der Beteiligten habe sich die Situation seither deutlich verschlechtert. Dazu gehören Verwahrlosung im Außenbereich, Unordnung im Inneren sowie das Wegfallen von Projekten wie der Hemelinger Fußballliga. Der Träger untersage derartige Angebote. Zudem sei die „Mädchenzeit“ eingestellt worden.

Bürger:in 4 äußert Bestürzung über die aktuellen Zustände im Jugendhaus und stellt fest, dass sowohl die Verlässlichkeit als auch die Qualität der Angebote in Hemelingen stark nachgelassen hätten. Ehemals etablierte Programme wie Hausaufgabenbetreuung, Kochprojekte, Bewerbungstraining und das Projekt „Lücke“ seien teilweise seit längerer Zeit eingestellt.

Besonders besorgniserregend sei zudem ein Fall von Kindesmisshandlung, der nach seinen Angaben von den Mitarbeitenden nicht angemessen verfolgt worden sei. Daher sei ein Brief an die Fachaufsicht des Amtes für Soziale Dienste verfasst worden.

AW Jörn Hermening: Die Fachaufsicht, Frau Petra Putzer, ist über die Vorfälle im Jugendhaus informiert und hat sich bereits persönlich vor Ort ein Bild von der Situation gemacht. Der Beirat wird das Thema weiterhin aufmerksam verfolgen und es in einer kommenden Sitzung erneut aufgreifen.

AW Elisabeth Laß: Das Thema ist bekannt, und der Arbeitskreis Jugend arbeitet bereits an einer Lösung.

AW Waltraut Otten: Der Beirat darf diese Zustände nicht hinnehmen, insbesondere vor dem Hintergrund der hohen finanziellen Aufwendungen. Es ist erforderlich, dass der Beirat entschlossen dagegen vorgeht und geeignete Maßnahmen einleitet.

AW Hans-Peter Hölscher: Falls der Träger so viel Geld erhält und die Qualität der Angebote nicht den Erwartungen entspricht, wäre eine genaue Überprüfung der Mittelverwendung erforderlich.

PROTOKOLL

AW Ralf Bohr: In dieser Brisanz war das Thema bislang nicht bekannt. Kann das Ortsamt kurzfristig mit der Fachaufsicht in Kontakt treten? Zudem stellt sich die Frage, ob ein Trägerwechsel in so kurzer Zeit realisierbar wäre.

AW Jörn Hermening: Petra Putzer verfügt bereits über sämtliche relevanten Informationen, dazu wurde in dieser Woche erst Rücksprache gehalten. Nun sei es entscheidend, das Thema mit dem Controllingausschuss abzustimmen. Es wurde bereits die Option in Erwägung gezogen, nur eine Teilförderung zu gewähren. Eine endgültige Entscheidung hierzu könne der Beirat jedoch nicht allein treffen.

AW Yunas Kaya: Das Thema muss in zwei Aspekte unterteilt werden: Personal und Träger. Wurde der Brief ausschließlich an Frau Putzer geschickt, oder ging er auch an weitere Stellen?

AW Bürger:in 4: Nein, der Brief wurde nur an Frau Putzer und das Ortsamt geschickt. Der Verteiler kann jedoch gerne erweitert werden.

AW Dirk Bülow: Die Polizei wird den Fall der möglichen Kindesmisshandlung in jedem Fall untersuchen und hierzu den Kontakt mit dem Träger aufnehmen.

AW Bürger:in 4: Das Jugendamt wurde bereits informiert.

Jens Dennhardt: Zum Thema Nachpflanzung in der Westerholzstraße: Ihn interessiert der aktuelle Sachstand. Besteht die Möglichkeit, in irgendeiner Form in Vorleistung zu treten?

AW Jörn Hermening: Laut Aussage des UBB gab es einen Rechtsstreit mit der ausführenden Baufirma, weshalb die Nachpflanzung bislang nicht erfolgt ist. Das Ortsamt wird nochmals nachfragen, um eine zeitliche Perspektive zu erhalten und auch die Option prüfen zu lassen, ob die Stadt vor Klärung des Rechtsstreites selbst Bäume pflanzen kann.

Yunas Kaya: In Arbergen gibt es wieder vermehrte illegale Müllablagerungen. Dies wird ihm von vielen Anwohnern gemeldet, obwohl der Mängelmelder zur Verfügung steht. Vielleicht kann das Ortsamt hier nochmals tätig werden?

AW Jörn Hermening: Bitte um Angabe der genauen Standorte, Herr Kaya wird das zusenden.

Dirk Bülow, Polizei: In der Hemelinger Marsch gibt es einige Windmühlen, dort gibt es ebenfalls viel Müll.

AW Jörn Hermening: Das ist ein Zuständigkeitsproblem.

PROTOKOLL

Dirk Bülow: Anregung zum Thema Osterfeuer: Es gibt eine neue Allgemeinverfügung, die die Abstände und weitere Regelungen festlegt. Diese ist beim Ordnungsamt erhältlich und regelt genau, wer unter welchen Bedingungen ein Osterfeuer veranstalten darf (siehe Anlage 2).

3. Neuregelung Silvesterfeuerwerk

Die Präsentation zu den Rechtsgrundlagen wird vorgestellt von Andrea Kraft (SGFV) und zum Bundesemissionsschutzgesetz von Judith Engel (SUKW)

Siehe Anlage 3

Rechtsgrundlagen

Sprengstoff ist der zentrale Bestandteil von Böllern und Raketen, weshalb der Umgang mit Feuerwerk im Bundes-Sprengstoffgesetz geregelt ist. Demnach darf Feuerwerk nur im Zeitraum vom 29. bis 31. Dezember verkauft werden. Das Abbrennen ist ausschließlich am Silvesterabend und am Neujahrmorgen gestattet. Außerhalb dieser Zeiten ist eine Anmeldung des Feuerwerks bei der Gewerbeaufsicht erforderlich.

Die Zuständigkeit der Gewerbeaufsicht ergibt sich aus der historischen Entwicklung des Sprengstoffgesetzes, welches ursprünglich aus dem Arbeitsschutzrecht hervorging und somit dem Gesundheitsressort unterstellt ist.

Das Abbrennen von Feuerwerk ist in der Nähe bestimmter Einrichtungen untersagt, darunter Kirchen, Krankenhäuser, Kinder- und Senioreneinrichtungen sowie Gebäude mit hoher Brandgefahr. In Bremen sind beispielsweise der Schnoor und der Bremer Marktplatz für Feuerwerk verboten. Weitere Einschränkungen sind grundsätzlich möglich, müssen jedoch im Einzelfall begründet werden.

Bundesemissionsschutzgesetz

Feuerwerk erzeugt Feinstaub, für den es Grenzwerte in Deutschland gibt. Das spielt aber eigentlich keine Rolle, so Judith Engel. Denn 18 Mal dürfe in Bremen der Grenzwert überschritten werden. Eine Belastung in der Silvesternacht fällt also kaum ins Gewicht. Aber, so Engel weiter, hat das Feuerwerk natürlich Einfluss auf Tiere und die Natur. Engel erinnerte daran, dass in der Hemelinger Marsch beispielsweise ein komplettes Feuerwerksverbot herrscht.

3.1 Diskussion

3.1.1 Rechtsgrundlagen

PROTOKOLL

Sebastian Springer: Gibt es Einschränkungen hinsichtlich bestimmter Gebäude? Gibt es dazu eine bundeseinheitliche Regelung oder spezielle Bremer Vorgaben zu den Abständen?

AW Andrea Kraft: Nein, eine allgemeingültige Regelung gibt es nicht.

Festgelegt ist jedoch beispielsweise, dass der Abstand zum Rathaus immer 200 Meter beträgt. Dies müsste im Detail noch einmal geprüft werden.

Jörn Hermening: Polizei und Feuerwehr werden in diesen Fragen angehört – warum nicht der Beirat?

AW Andrea Kraft: Polizei und Feuerwehr werden aus Sicherheitsaspekten hinzugezogen. Die Gewerbeaufsicht hat zudem die Befugnis, Feuerwerke zu untersagen.

AW Dirk Bülow: Laut ordnungspolizeirechtlicher Verwaltungsvorschrift gehört die Feuerwehr zur Entscheidungsfindung dazu. Grundsätzlich ist das Abbrennen von Feuerwerk vor Kirchen, auf Brücken und an bestimmten anderen Orten nicht erlaubt.

Jens Dennhardt: Wenn es Verbote um schützenswerte Gebäude geben kann, dann würde ich denken, dass das für ganz Bremen gilt, und wenn man dann Kreise um diese Gebäude zieht, dann bleibt ja nicht viel über.

AW Andrea Kraft: So einfach sei es nicht. Es sind hauptsächlich Betonhäuser und diese brennen nicht so schnell. Bei den Verboten geht es z.B. um Reetdachhäuser. Es gibt eine Rechtsprechung dazu. Man kann nicht einfach um jede Kirche mit dem Zirkel einen Kreis ziehen.

Ralf Bohr: Privatpersonen würden grundsätzlich eine Absage für ein Feuerwerk erhalten. In einigen Stadtteilen wird dies jedoch anders gehandhabt, beispielsweise bei Hochzeiten und anderen Feierlichkeiten.

AW Andrea Kraft: Ein generelles Verbot gibt es nicht. Ein Nachbar müsste eine offizielle Beschwerde oder Anzeige einreichen, damit ein Verbot geprüft wird.

Ralf Bohr: Sollte der Verkauf von Feuerwerk nicht stärker eingeschränkt werden?

AW Andrea Kraft: Genau.

Jörn Hermening: Welche beiden Feuerwerke gab es im vergangenen Jahr in Hemelingen? Der Wassersportverein veranstaltet jedes Jahr ein Feuerwerk.

AW Andrea Kraft: Die genaue Anzahl der Feuerwerke ist bekannt, die konkreten Veranstalter müssten jedoch noch recherchiert werden.

AW Dirk Bülow: Ja, der Wassersportverein war dabei.

PROTOKOLL

Elisabeth Laß: Wie werden Feuerwerke den Bürger:innen bekannt gemacht? Wie gelangen diese Informationen an die Menschen?

AW Dirk Bülow: Über den Weser Kurier, Pressemitteilungen und buten un binnen.

3.1.2 Bundesemissionsschutzgesetz

Jörn Hermening: Welche Änderungen sind in Bezug auf Feuerwerk geplant?

AW Judith Engel: Es gibt derzeit nichts Konkretes. In einer Kommission in Berlin wurden verschiedene Themen besprochen, unter anderem die Polizeipräsenz und mögliche Regelungen. Die Länder sollen mehr Handlungsspielraum erhalten und könnten beispielsweise den Verkauf oder die Lautstärke reglementieren. Ein vollständiges Verbot von Böllern ist im Gespräch, aber die Händler stellen sich bereits darauf ein. Durch die anstehende Wahl wird es jedoch voraussichtlich keine schnellen Entscheidungen geben, sodass sich zum nächsten Jahreswechsel nichts ändern dürfte.

Dirk Bülow: An Silvester gab es in Deutschland fünf Tote durch Böller. Feuerwehr und Polizei unterstützen daher eine Veränderung der aktuellen Regelungen. Auch in Bremen wurden Einsatzkräfte mit Feuerwerkskörpern beworfen und beschossen. Eine Begrenzung der Menge wäre eine sinnvolle Maßnahme. Zudem könnten verstärkte Einfuhrkontrollen durch den Zoll helfen.

Jörn Hermening: Der Beirat Blumenthal und der Beirat Neustadt haben bereits Anträge zu diesem Thema gestellt. Man könnte die Thematik in die Beirätekonferenz einbringen.

Elisabeth Laß: Private Feuerwerke gelten als Ordnungswidrigkeit und können mit einer Geldstrafe von bis zu 50.000 Euro geahndet werden. Ist diese Strafe abschreckend genug?

AW Dirk Bülow: Das Problem ist die Durchsetzbarkeit. Wenn ein Anruf bei der Polizei eingeht, ist das Feuerwerk meist bereits abgebrannt. Ein Nachweis ist nur schwer zu führen, es sei denn, jemand hat ein Video als Beweismittel.

Jens Dennhardt: Wie sieht es mit den Stoffen aus, die in Leuchtf Feuerwerken enthalten sind? Neben Feinstaub gibt es doch auch andere chemische Substanzen, zum Beispiel für die Farben?

PROTOKOLL

AW Judith Engel: Ja, es gibt weitere chemische Bestandteile, die aber nicht geprüft werden, da die Behörde dafür keine rechtliche Grundlage hat. Auch zum Tierschutz gibt es keine offiziellen Regelungen. Die Schadstoffe gelangen in die Luft und in den Boden, doch für weitergehende Untersuchungen wären gesetzliche Grundlagen notwendig.

Ralf Bohr: Neben der inneren Sicherheit sollten auch Umweltaspekte stärker berücksichtigt werden. Es wäre sinnvoll, diesen Punkt in die Diskussion aufzunehmen.

AW Judith Engel: Die Auswirkungen auf die Umwelt hängen auch von der Wetterlage ab. Es kann durchaus zu Problemen kommen, doch da es sich um ein Bundesgesetz handelt, gibt es hier wenig Spielraum. Zudem verursachen Autos ebenfalls Feinstaub, allerdings unterhalb der gesetzlichen Grenzwerte.

Reinhard Zwilling: Kinder sind ein wichtiger Faktor in der Diskussion. Sie haben Freude am Feuerwerk, und wenn es verboten wird, könnte es zu illegalem Böllern führen.

Berfin Atac: Gibt es im Tamra-Hemelingen-Park Veränderungen in Bezug auf Müll und Sachbeschädigungen? Sind weniger Vorfälle zu verzeichnen? Gab es dort auch kleinere Feuer? Gibt es eine Statistik für dieses Jahr?

AW Dirk Bülow: Das müsste noch geprüft werden, aber es gab vermutlich nicht viele Vorfälle.

3.2 Beschlussvorschlag

Jörn Hermening liest den Beschlussvorschlag vor:

„Der Beirat Hemelingen schließt sich dem Beschluss aus Blumenthal an.

Darüber hinaus fordert der Beirat Hemelingen eine restriktive Einschränkung von Feuerwerk zu anderen Anlässen im Jahr. Der Beirat Hemelingen fordert zukünftig ein Genehmigungsverfahren für solche Feuerwerke einzuführen und dazu angehört zu werden und eine Stellungnahme abgeben zu können. Der Anspruch auf eine Anhörung und Würdigung der Stellungnahmen des Beirates ergibt sich aus dem Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter. Dem Beirat ist es ein hohes Anliegen Natur und Bevölkerung vor Lärmbelästigung und Umweltverschmutzung zu schützen. Grundsätzlich sollte außerhalb der Silvesterfeierlichkeiten Feuerwerk nur in absoluten Ausnahmefällen genehmigt werden.“

PROTOKOLL

Der Beschluss des Beirates Blumenthal ist als Anlage 4 dem Protokoll beigelegt.

Bündnis 90/Die Grünen haben einen Satz als Ergänzungsvorschlag.

Ralf Bohr stellt den Ergänzungsvorschlag vor:

"Grundsätzlich halten wir ein ganzjähriges Verkaufsverbot für den Privatgebrauch für geboten und setzen uns für eine bundesweite Umsetzung ein."

AW Yunas Kaya: Ein generelles Verkaufsverbot von Feuerwerk ist nicht zielführend. Die CDU unterstützt diesen Ansatz nicht.

AW Jens Dennhardt: Es besteht große Einigkeit darüber, dass Handlungsbedarf besteht. Statt sich in Detailfragen zu verlieren, sollte ein klares und starkes Signal gesetzt werden. Eine zu detaillierte Regulierung hält er für wenig zielführend.

Abstimmung: Ablehnung (3 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen)

Die CDU-Fraktion beantragt ebenfalls eine Änderung des Antrags. Yunas Kaya stellt den Ergänzungsvorschlag vor:

... „Darüber hinaus wird gefordert, dass weitere Böllerverbotzonen ausgewiesen werden sollen, insbesondere in Bereichen mit hoher Brand- oder Verletzungsgefahr sowie stark frequentierten öffentlichen Plätzen. Zudem wird die Verwaltung beauftragt, ein Konzept zur Bewachung bzw. Überwachung dieser Zonen zu erarbeiten und die zuständigen Behörden oder Sicherheitsdienste für die Durchsetzung festzulegen.“

Abstimmung: Ablehnung (2 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen, 1 Enthaltungen)

Die SPD-Fraktion beantragt ebenfalls eine Änderung des Antrags. Jens Dennhardt stellt den Vorschlag vor:

„Der Beirat Hemelingen unterstützt die Bemühungen des Innensenators Mäurer für ein ganzjähriges Böllerverbot. Außerdem fordert er die Ausschöpfung der landes- und kommunalrechtlichen Möglichkeiten zur Einschränkung des

PROTOKOLL

Feuerwerksgebrauchs in Bremen. Der Beirat unterstützt den Antrag, das Thema in der Beirätekonzferenz zu behandeln.“

AW Yunas Kaya: Ein Verbot allein führt nicht zwangsläufig zu einem besseren Verständnis oder zu einem verantwortungsvolleren Umgang mit Feuerwerk.

Abstimmung: Zustimmung (11 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

Gesamtantrag:

Der Beirat Hemelingen schließt sich dem Beschluss aus Blumenthal an.

Darüber hinaus fordert der Beirat Hemelingen eine restriktive Einschränkung von Feuerwerk zu anderen Anlässen im Jahr. Der Beirat Hemelingen fordert zukünftig ein Genehmigungsverfahren für solche Feuerwerke einzuführen und dazu angehört zu werden und eine Stellungnahme abgeben zu können. Der Anspruch auf eine Anhörung und Würdigung der Stellungnahmen des Beirates ergibt sich aus dem Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter. Dem Beirat ist es ein hohes Anliegen Natur und Bevölkerung vor Lärmbelastung und Umweltverschmutzung zu schützen. Grundsätzlich sollte außerhalb der Silvesterfeierlichkeiten Feuerwerk nur in absoluten Ausnahmefällen genehmigt werden.

Der Beirat Hemelingen unterstützt die Bemühungen des Innensenators Mäurer für ein ganzjähriges Böllerverbot. Außerdem fordert er die Ausschöpfung der landes- und kommunalrechtlichen Möglichkeiten zur Einschränkung des Feuerwerksgebrauchs in Bremen. Der Beirat unterstützt den Antrag, das Thema in der Beirätekonzferenz zu behandeln.

Abstimmung: Zustimmung (11 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen)

4. Verschiedenes

4.1 Beibehaltung der Controlling-Ausschüsse

Jörn Hermening trägt die Beschlussfassung vor.

Siehe Anlage 5

PROTOKOLL

Yunas Kaya: Er spricht sich für die Beibehaltung des Ausschusses aus.

Berfin Ataç: Der Beirat misst diesem Thema große Bedeutung bei, da es etwas Besonderes darstellt. Sie schlägt vor, den Jugendbeirat einzubeziehen, da dieser als Sprachrohr der Jugendlichen fungiert.

Ralf Bohr: Die Beteiligungsrechte der Beiräte müssen erhalten bleiben. Er verweist auf § 10 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter.

Abstimmung: Zustimmung (15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

4.2 Dringlichkeitsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Elisabeth Laß trägt den Dringlichkeitsantrag „Die Versorgung der Kinder in den Kitas in Hemelingen sicherstellen“ vor.

Siehe Anlage 6

Yunas Kaya: Er begrüßt die Initiative und merkt an, dass sowohl Grundschulen als auch weiterführende Schulen in die Planungen einbezogen werden sollten.

Sebastian Springer: Er bestätigt, dass ein aktuelles Ereignis vorliegt.

Hans-Peter Hölscher: Die SPD-Fraktion unterstützt die vorgeschlagene Maßnahme.

Nurtekin Tepe, Bürgerschaftsabgeordneter: Er berichtet von der Deputationssitzung am vergangenen Dienstag. Entgegen der Darstellung in den Medien hat die Senatorin für Bildung weiterhin Gespräche mit der Kirche geführt. Es gibt keine Kürzungen der Mittel, sondern vielmehr eine veränderte Schwerpunktsetzung bei der Verwendung der Gelder.

Es wird über die Dringlichkeit abgestimmt.

Abstimmung: Zustimmung (15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

Es wird über den Antrag abgestimmt.

Elisabeth Laß: Sie weist darauf hin, dass die Gesundheit der Kinder verbessert werden muss. Vollküchen im Stadtteil, in denen frisch zubereitet wird, könnten dazu beitragen.

PROTOKOLL

Ingo Tebje: Er ergänzt, dass Kita Bremen ein integrales Konzept verfolgt. Diese Diskussion wird regelmäßig geführt, da es sich um ein kostenintensives Konzept handelt. Dennoch sind solche Maßnahmen dringend notwendig. Auch Abfallvermeidung verursacht Kosten. Er fragt, welche Zuschüsse der Träger erhält.

Ralf Bohr: Er betont, dass einmal geschlossene Vollküchen nur schwer wiedereröffnet werden können. Im Rahmen des Aktionsplans 2025 sollten Ernährungsschulungen und gesunde Ernährung weiterhin eine zentrale Rolle spielen.

Jens Dennhardt: Er unterstützt den Antrag und hält es für wichtig, nachhaltige Lösungen zu finden, anstatt bestehende Strukturen zu gefährden.

Susanne Alm: Sie spricht sich für den Erhalt der Vollküchen aus, insbesondere da sie für Inklusionskinder eine besondere Bedeutung haben.

Abstimmung: Zustimmung (15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

4.3 Termine

Jörn Hermening: Am 19.03. findet eine Sprechstunde des Petitionsausschusses im Ortsamt Hemelingen statt.

Jörn Hermening: Die nächste Beiratssitzung findet am 03.04. im Bürgerhaus Hemelingen statt.

Vorsitz

Jörn Hermening

Beiratssprecher

Uwe Jahn

Protokoll

Marc Liedtke